

Das Recht auf gute Verwaltung im europäischen Verwaltungsverfahrensrecht

Tilemachos Sfakianakis

Das Recht auf gute Verwaltung im europäischen Verwaltungsverfahrensrecht

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar

Zugl.: Dissertation der Freien Universität Berlin,
Fachbereich Rechtswissenschaft, 2022.

Mündliche Prüfung 29.09.2022

Erster Gutachter: Univ.-Prof. Dr. Thorsten Siegel

Zweite Gutachterin: Univ.-Prof. Dr. Johanna Wolff, LL.M. eur. (KCL)

ISBN 978-3-96138-440-2

© 2025 Wissenschaftlicher Verlag Berlin

Olaf Gaudig & Peter Veit GbR

www.wvberlin.de / www.wvberlin.com

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung, auch einzelner Teile, ist ohne
Zustimmung des Verlages unzulässig. Dies gilt
insbesondere für fotomechanische Vervielfältigung
sowie Übernahme und Verarbeitung in EDV-Systemen.

Druck und Bindung: SDL – Digitaler Buchdruck, Berlin

Printed in Germany

€ 94,00

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Abhandlung basiert auf der Dissertation des Verfassers, die im September 2022 an der Freien Universität Berlin angenommen worden ist, und berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung und Literatur bis September 2024.

Herrn Univ.-Prof. Thorsten Siegel danke ich für die Begutachtung des ersten Gutachtens. Frau Univ.-Prof. Johanna Wolff, LL.M. eur. (KCL) danke ich für die zügige Erstellung des zweiten Gutachtens.

Zunächst möchte ich mich bei der Andreas-Gazis-Stiftung für die finanzielle Förderung des Promotionsstudium in den Jahren 2018 und 2019 mit einem Stipendium bedanken und bei der Konstantinos-Kriezis-Stiftung für die Ermöglichung meines Masterstudiums in München.

Vor allem möchte ich mich bei Vasileios Kapetanios für unsere Diskussionen in der Bibliothek und für seine Ratschläge bedanken, bei Dr. Evdokia Priovoulou und Dr. Dimokritos Batsoulas für ihre Hilfe während der Verfassung der Arbeit, bei Myrto Papadimitraki für die Zusendung der Bibliografie nach meiner Rückkehr nach Griechenland und bei Kyriaki Mixiou für ihre Hilfe und Begleitung in Berlin. Ich möchte auch Frau Susana Moertz-Rawak für ihre Hilfe bei den Verwaltungsangelegenheiten der Fakultät herzlich danken. Schließlich danke ich den BibliothekarInnen der Juristischen Fakultät der FU Berlin für ihre Verfügbarkeit, Freundlichkeit und für ihre Bereitschaft mir bei der Literaturrecherche während des Schreibens der Arbeit zu helfen. Ich möchte mich auch bei Univ.-Prof. Franz Merli für die zweimonatige Gastfreundschaft an seinem Lehrstuhl in Wien und die Gelegenheit bedanken, mit ihm über das österreichische Verwaltungsprozessrecht und -verfahren zu diskutieren.

Ein besonderer Dank gilt meinen Eltern, Nikolaos und Irini die mich stets bedingungslos unterstützt haben, ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS	7
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	20
EINFÜHRUNG	27
I. PROBLEMSTELLUNG.....	27
II. BEGRIFFSERKLÄRUNG: DAS RECHT AUF EINE GUTE VERWALTUNG UND DAS GRUNDSATZ-GRUNDRECHT DER GUTEN UND ORDNUNGSGEMÄßEN VERWALTUNG	30
III. GEGENSTAND DER ARBEIT	30
IV. ZIELSETZUNG UND GANG DER UNTERSUCHUNG	33
TEIL 1: DIE FUNKTION DES RECHTS AUF EINE GUTE VERWALTUNG IM EUROPÄISCHEN UND NATIONALEN VERWALTUNGSSYSTEM	36
KAPITEL 1: GRUNDLAGEN DER GUTEN VERWALTUNG	36
<i>I. Das Recht auf gute Verwaltung in den Mitgliedsstaaten</i>	<i>37</i>
<i>II. Gut als Bezeichnung des Verwaltungsverfahrens</i>	<i>38</i>
1. Die Definition der Bezeichnung als „gut“	38
2. Das Recht auf gute Verwaltung	39
a) Das Recht auf gute Verwaltung und ähnliche Verfahrensgrundsätze	44
aa) Verteidigungsrechte	44
bb) Due Process und Natural Justice.....	46
cc) Das Prinzip der Good Governance	47
dd) Schlechte Verwaltung	48
b) Das Recht auf gute Verwaltung in Beziehung zu verwandten Konzepten	52
aa) Prinzip der guten Regierungsführung „Good Governance“ und das Recht auf gute Verwaltung	52
bb) Gute Rechtsetzung und das Recht auf eine gute Verwaltung	54
cc) Die „Neue Verwaltungsrechtswissenschaft“	55
dd) New Public Management und das Recht auf gute Verwaltung	56
ee) Das elektronische Government	57
<i>III. Empfehlungen des Europarates</i>	<i>59</i>
<i>IV. Zusammenfassung</i>	<i>61</i>
KAPITEL 2: DIE VERFAHRENSFUNKTIONEN DER GUTEN VERWALTUNG	64
<i>I. Eine offene Verwaltung</i>	<i>64</i>
1. Einleitung.....	64
2. Zielvorstellung des Transparenzprinzips	66
3. Transparenz im Recht auf gute Verwaltung	67
4. Schranken des Transparenzprinzips	69

5. Ein transparentes und automatisiertes Verwaltungsverfahren	70
II. Eine effiziente Verwaltung	72
1. Unions- und verfassungsrechtliche Verankerung des Effizienzprinzips	72
2. Effizienzprinzip im Verwaltungsverfahren	74
3. Effizienzprinzip und Rationalität der Verwaltung	75
a) Rechtliche Rationalität der Verwaltung	75
b) Eine interdisziplinäre Rationalität der Verwaltung	76
aa) Theorie der Zweckrationalität	77
bb) Theorie der Rationalität unter Ungewissheit	77
cc) Gemeinsame Betrachtungsweise der Rationalität	78
4. Effizienzprinzip als Schranke der Verfahrensrechte des Rechts auf gute Verwaltung	80
5. Die Digitalisierung im Verwaltungsverfahren und das Recht auf gute Verwaltung	82
III. Die unabhängige Verwaltung	83
1. Einleitung und Grundlage	83
2. Inhalt und Umfang des Grundsatzes der unabhängigen Verwaltung	83
IV. Die Akzeptanzfunktion der Verwaltungsentscheidungen	86
1. Verankerung im Unionsrecht und im nationalen Recht	86
2. Zielausrichtung	87
3. Akzeptanzfunktion und das Recht auf gute Verwaltung	88
V. Rechtsschutzfunktion	90
1. Verankerung im Unionsrecht und im nationalen Recht	90
2. Zielvorstellung und Funktionen des Verwaltungsverfahrens im unionalen und im nationalen Verwaltungsrecht	90
a) Dienende Funktion versus Eigenwert des Verfahrens	90
b) Kompensatorische Funktion des Verfahrens	92
c) Produktive Funktion des Verfahrens	92
d) Stellungnahme	94
3. Relativierung von Verfahrensfehlern und die Rechtsschutzfunktion	95
a) Einführung	95
b) Rechtsschutzfunktion	97
aa) Rechtsschutz im Verwaltungsverfahren	97
bb) Verwaltungsrechtsschutz im Gerichtsverfahren	101
cc) Rechtsschutzfunktion des außergerichtlichen Verfahrens im mitgliedstaatlichen Vollzug des Unionsrechts	103
c) Unbeachtlichkeit von Fehlern	106
aa) Unbeachtlichkeit im Unionsrecht	106

<i>bb) Unbeachtlichkeit in den nationalen Verwaltungsverfahrenen.</i>	108
VI. Kontrollfunktion	110
1. Verankerung im Unionsrecht und im nationalen Recht	110
2. Zielvorstellung der Gerichtskontrolle	111
3. Das Recht auf gute Verwaltung und der Grundsatz des effektiven Rechtsschutzes	112
VII. Zusammenfassung	114
KAPITEL 3: MATERIELL(RECHTLICHEN) VORGABEN FÜR EINE GUTE VERWALTUNG	117
I. Das Rechtsstaatsprinzip	117
1. Herleitung aus dem Unionsrecht und dem Grundgesetz	117
2. Das Rechtsstaatsprinzip im Verwaltungsverfahren	118
II. Die Rechtmäßigkeit	119
1. Verankerung im Unionsrecht und im Grundgesetz	119
2. Rechtmäßigkeit und das Recht auf gute Verwaltung	121
III. Grundsatz des fairen Verfahrens	124
1. Verankerung im Unionsrecht und im nationalen Recht	124
a) Zielvorstellung	125
b) Inhalt und Umfang des Grundsatzes	126
2. Abstimmung und Koordination des Grundrechts auf gute Verwaltung und des Grundsatzes der gerechten Behandlung	128
a) Gute Verwaltung und der Grundsatz des fairen Verfahrens	128
b) Gerechte Behandlung und verwaltungsrechtliche Fairness	130
c) Heranziehung des Art. 6 EMRK für das Recht auf gute Verwaltung	132
aa) Unparteilichkeit	132
bb) Angemessene Verfahrensdauer	133
d) Anwendbarkeit des Art. 6 EMRK auf die Verwaltungstätigkeit	136
IV. Der Grundsatz der Gleichheit der Verwaltung	139
1. Verankerung im Unionsrecht und im nationalen Recht	139
2. Zielvorstellung	139
3. Zuschneidung des Gleichheitsgrundsatzes mit dem Recht auf eine gute Verwaltung	140
V. Das Vertrauensprinzip	143
1. Verankerung im Unionsrecht und im nationalen Recht	143
2. Widerruf und Rücknahme	144
3. Reformatio in peius	146
4. Vertrauensschutz im vollautomatisierten Verwaltungsverfahren	147
VI. Rechtssicherheitsprinzip	148

1. Unions- und verfassungsrechtliche Verankerung des Rechtssicherheitsprinzips	148
2. Das Rechtssicherheitsprinzip im Verwaltungsverfahren	149
a) Sprachengarantie und Rechtssicherheit	150
b) Begründungspflicht und Rechtssicherheit	151
c) Rechtssicherheit – Bekanntgabe und Rechtsbehelfsbelehrung	152
d) Digitalisierung des Verwaltungsverfahrens und Rechtssicherheit	153
VII. Das Demokratieprinzip	154
1. Verankerung im Unionsrecht und im Grundgesetz	154
2. Das Demokratieprinzip und das Legitimationssubjekt	154
a) Demokratiekonzept in einem nationalen Verfassungsstaat	154
b) Demokratisches Konzept innerhalb der Europäischen Union	156
c) Legitimation der Unionsverwaltung	157
aa) Allgemein	157
bb) Demokratisch-legitimierende Relevanz der Verfahrensvorschriften	159
VIII. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip	161
1. Die Verhältnismäßigkeit als allgemeiner Grundsatz des Unionsrechts	161
2. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und das Recht auf gute Verwaltung	163
IX. Zusammenfassung	165
KAPITEL 4: ANWENDUNGSBEREICH UND ABGRENZUNG DER RECHTE AUF EINE GUTE VERWALTUNG	167
I. Die Beziehung zwischen den Rechten auf eine gute Verwaltung	167
II. Der Anwendungsbereich des Rechts auf eine gute Verwaltung und des allgemeinen Grundsatzes der guten und ordnungsgemäßen Verwaltung	174
1. Der persönliche Anwendungsbereich	174
a) Natürliche und juristische Personen des Privatrechts	174
b) Juristische Personen des öffentlichen Rechts	174
c) Mitgliedsstaaten	177
2. Der sachliche Anwendungsbereich	177
3. Der Adressatenkreis	181
III. Das Recht auf eine gute Verwaltung und das Vertragsverletzungsverfahren	182
IV. Zusammenfassung	183
TEIL 2: DAS RECHT AUF GUTE VERWALTUNG IM EU-EIGENVERWALTUNGSRECHT	185
KAPITEL 5: DAS RECHT AUF EINE GUTE VERWALTUNG GEGENÜBER DEN UNIONSORGANEN	187
I. Das Recht auf unparteiliche, angemessene und gerechte Behandlung	187

1. Die Unparteilichkeit	187
a) Einleitung	187
b) Inhalt der unparteilichen Behandlung	190
aa) Individuelle Unparteilichkeit	190
bb) Organisatorische Unparteilichkeit.....	191
c) Die Grundsätze einer unparteilichen Verfahrensgestaltung.....	193
aa) Der Grundsatz der Gleichbehandlung imungsverfahren	193
bb) Der Grundsatz der Waffengleichheit	195
d) Einschränkungen und Fehlerfolgen	197
e) Rechtsfolgen bei Verstoß gegen den Grundsatz der Unparteilichkeit	198
f) Zwischenzusammenfassung	199
2. Gerechte Behandlung.....	200
a) Einleitung	200
b) Inhalt und Umfang des Grundsatzes der gerechten Behandlung	201
aa) Der Grundsatz der Objektivität	203
bb) Der Grundsatz der Neutralität	204
cc) Die gerechte Behandlung und das Willkürverbot	205
c) Einschränkungen und Fehlerfolgen	207
d) Zwischenzusammenfassung	207
3. Zeitliche Angemessenheit.....	208
a) Einleitung	208
b) Gewährleistungsinhalt	209
c) Einschränkungen.....	213
d) Verfahrensfehlerfolgen	213
e) Zwischenzusammenfassung.....	215
4. Das Sorgfaltsprinzip	216
a) Sorgfaltsprinzip und Begriffsbestimmungen	216
b) Einleitung, Funktion und Inhalt des Sorgfaltsprinzips	216
c) Das Sorgfaltsprinzip als Teil des Rechts auf eine gute Verwaltung	217
aa) Einführung	217
bb) Das Sorgfaltsprinzip als Grundsatz der guten und ordnungsgemäßen Verwaltung und als Teil des Rechts auf eine gute Verwaltung	219
d) Zweckrichtung des Sorgfaltsprinzips.....	221
e) Reichweite des Sorgfaltsprinzips	222
aa) Verknüpfungspunkte mit dem materiellen Recht	224
bb) Die Mitwirkung der Beteiligten und die Beweislast als unerlässlicher Bestandteil des Sorgfaltsprinzips	226
f) Grenzen des Sorgfaltsprinzips	227

aa) <i>Verhältnismäßigkeit</i>	227
bb) <i>Effizienzgründe</i>	229
cc) <i>Beweisverbote</i>	229
g) <i>Heilung und Unbeachtlichkeit der Verletzung des Sorgfaltsprinzips</i>	230
h) <i>Zwischenzusammenfassung</i>	231
II. Anhörungsrecht, Akteneinsichtsrecht und Begründungspflicht	232
1. <i>Das Anhörungsrecht</i>	232
a) <i>Anwendungsbereich des Anhörungsrechts als Bestandteil des Rechts auf eine gute Verwaltung und des Grundsatz-Grundrechts der guten und ordnungsgemäßen Verwaltung</i>	232
aa) <i>Einleitung eines Verfahrens gegen den Betroffenen als Voraussetzung des Anhörungsrechts in Art. 41 Abs. 2 lit. a GRCh</i>	232
bb) <i>Nachteilige Betroffenheit als Voraussetzung des Anhörungsrechts</i> ..	233
cc) <i>„Individuelle Maßnahme“ als Voraussetzung des Anhörungsrechts gem. Art. 41 GRCh und als allgemeiner Grundsatz</i>	235
dd) <i>Inhalt und Umfang des Anhörungsrechts als GRCh-Grundrecht und als Grundsatz-Grundrecht</i>	240
b) <i>Die Grenzen des Anhörungsrechts</i>	243
aa) <i>Rechtsnatur und Ausgestaltung der Grenzen des Anhörungsrechts</i> ..	243
bb) <i>Wahrung öffentlicher Interessen</i>	248
cc) <i>Gefahr im Verzug</i>	250
dd) <i>Antrag des Betroffenen</i>	251
ee) <i>Unwesentliche Belastung; verfristetes Vorbringen</i>	253
ff) <i>Die Möglichkeit eines Einspruchsverfahrens als Ausnahme vom Anhörungsrecht</i>	255
gg) <i>Unmöglichkeit – gebundene Entscheidungen</i>	255
hh) <i>Leistungsfähigkeit der Verwaltung</i>	257
c) <i>Fehlerfolgen</i>	257
aa) <i>Heilung im Gerichtsverfahren</i>	257
bb) <i>Heilung während des Verwaltungsverfahrens und nach dem Verwaltungsverfahren</i>	258
cc) <i>Heilung im Vorverfahren</i>	258
dd) <i>Unbeachtlichkeit eines Anhörungsfehlers</i>	259
d) <i>Zwischenzusammenfassung</i>	262
2. <i>Das Akteneinsichtsrecht und das Recht auf Zugang zu Dokumenten</i>	263
a) <i>Anwendungsbereich des Akteneinsichtsrechts als GRCh-Grundrecht und Grundsatz-Grundrecht</i>	263
b) <i>Grundlagen, Umfang und Inhalt des Akteneinsichtsrechts</i>	265

c) Grenzen des Akteneinsichtsrechts	267
aa) Zu der Auslegung der Ausnahmen vom Akteneinsichtsrecht	268
bb) Öffentliche, unionsrechtliche und völkerrechtliche Interessen	271
cc) Berufs- und Geschäftsgeheimnisse anderer Unternehmen	272
dd) Andere vertrauliche Schriftstücke	275
ee) Die Interna der Verwaltung	275
ff) Effizienzprinzip als Beschränkungsgrund	276
d) Fehlerfolgen der Verletzung des Akteneinsichtsrechts	277
aa) Heilung der Verletzung des Akteneinsichtsrechts im Gerichtsverfahren	277
bb) Heilung des Akteneinsichtsrechts während des Verwaltungsverfahrens	277
cc) Unbeachtlichkeit des Akteneinsichtsrechtsfehlers	278
e) Das Grundrecht auf Zugang zu Dokumenten und das Akteneinsichtsrecht	281
aa) Umfang und Bedeutung des Grundrechts auf Zugang zu Dokumenten	281
bb) Der Anwendungsbereich des Akteneinsichtsrechts und des Dokumentenzugangsrechts	283
(1) Der persönliche Anwendungsbereich des Akteneinsichtsrechts und des Dokumentenzugangsrechts	283
(2) Der materielle Anwendungsbereich des Akteneinsichtsrechts und des Dokumentenzugangsrechts	283
(3) Der Verpflichtungsadressatenkreis des Akteneinsichtsrechts und des Dokumentenzugangsrechts in der Union und in den Mitgliedsstaaten	284
cc) Grenzen des Zugangs zu Dokumenten	285
dd) Fehlerfolgen bei einem Verstoß gegen das Grundrecht auf Zugang zu Dokumenten	291
f) Zwischenzusammenfassung	292
3. Begründungspflicht	293
a) Die Bedeutung und die Funktion der Begründungspflicht	293
b) Die Begründungspflicht zwischen Verwaltungs- und dem Gerichtsverfahren und das Recht auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz	294
c) Der Begriff der „Entscheidung“ in Art. 41 Abs. 2 lit. c GRCh	295
aa) Faktisch oder rechtlich bindende mitwirkende Handlungen	298
bb) Abstrakt-generelle Rechtsakte	299
d) Inhalt und Umfang der Begründungspflicht	300
e) Grenzen der Begründungspflicht	304

aa) Natur und Ausgestaltung der Ausnahmen von der Begründungspflicht	304
bb) Begünstigende Verwaltungsentscheidungen	305
cc) Kenntnis vom Sachverhalt	306
f) Folgen von Verstößen gegen die Begründungspflicht	306
aa) Heilung einer Verletzung der Begründungspflicht im gerichtlichen Verfahren	308
bb) Heilung einer Verletzung der Begründungspflicht während des Verwaltungsverfahrens	310
cc) Unbeachtlichkeit des Verstoßes gegen die Begründungspflicht	312
g) Zwischenzusammenfassung	313
4. Das Recht auf Schadensersatz	315
a) Anwendungsbereich und Adressatenkreis des Rechts auf einen Haftungsanspruch	316
aa) Persönlicher Anwendungsbereich	316
bb) Materiell-rechtlicher Anwendungsbereich	316
(1) Anwendung nur auf die Verwaltungstätigkeit?	316
(2) Anwendung lediglich auf konkret-individuelle Verwaltungsentscheidungen?	317
(3) Grundrechtsadressaten	318
b) Haftungsvoraussetzungen	319
aa) Verletzung einer dem Individualschutz dienende Norm	319
bb) Hinreichend qualifizierter Verstoß	320
cc) Verschulden	323
dd) Kausalität	325
ee) Schaden	325
c) Einschränkungen des Haftungsanspruches	326
aa) Die Rechtsgrundlage und die Verfolgung von Gemeinwohlzielen ...	326
bb) Das Verhältnismäßigkeitsprinzip und die Wesensgehaltsgarantie ...	327
cc) Mitverschulden	327
dd) Verjährung	328
d) Die Verfahrensrechte in Art. 41 Abs. 1 und 2 GRCh und das Recht auf Schadensersatz	328
e) Zwischenzusammenfassung	330
5. Sprachengarantie nach Art. 41 Abs. 4 GRCh	330
a) Inhalt, Umfang und Grundrechtsträger	330
b) Adressaten der Sprachengarantie	335
c) Grenzen	335

d) Fehlerfolgen	336
e) Zwischenzusammenfassung.....	336
III. Weitere Verfahrensrechte des Rechts auf eine gute Verwaltung	337
1. Die Bekanntgabe der Verwaltungsentscheidungen	337
a) Bedeutung	337
b) Elektronische Bekanntgabe im Unionsrecht	339
c) Fehlerfolgen	339
d) Zwischenzusammenfassung	340
2. Recht auf anwaltliche Vertretung	340
a) Grundlagen und Herleitung	340
b) Schutzzweck des Rechts auf anwaltliche Vertretung	343
c) Einschränkung des Rechts auf anwaltliche Vertretung.....	343
d) Fehlerfolgen	343
e) Zwischenzusammenfassung.....	344
3. Das Recht auf Rechtsbehelfsbelehrung	344
KAPITEL 6: DAS RECHT AUF EINE GUTE VERWALTUNG IM	
KOMITOLOGIEVERFAHREN	346
I. Die Gestaltung der Komitologie	347
1. Verfahrensarten der Komitologie.....	347
2. Konkret-individuelle und abstrakt-generelle Durchführungsakte und das Gebot des Individualrechtsschutzes	348
3. Einbeziehung von spezialisierten Agenturen in den Komitologieprozess...	349
4. Die Verfahrensrechte des Rechts auf gute Verwaltung im Beratungs- und Prüfungsverfahren	350
II. Verfahrensrechte und -grundsätze im Komitologieverfahren	352
1. Sorgfaltsprinzip im Komitologieverfahren.....	352
a) Struktur und Funktion des Vorsorgeprinzips	352
aa) Risikoeinschätzung, -erkennung und -bewertung	353
bb) Risikomanagement	355
(1) Keine Bindung an das wissenschaftliche Gutachten der Risikobewertung.....	356
(2) Typisierung der Risikoabschätzung, -bewertung und des Risikomanagements	356
(3) Ökonomische Analyse von Risiken	357
b) Nachvollzielende Ermittlung des Sachverhalts	358
c) Beweislast und Vorsorgeprinzip	360
d) Gerichtliche Kontrolle	362
2. Der Grundsatz der Unparteilichkeit im Komitologieverfahren	364

a) Objektive Unparteilichkeit.....	364
b) Subjektive Unparteilichkeit.....	367
3. Der Grundsatz der Einhaltung angemessener Fristen im Komitologieverfahren	369
4. Das Anhörungsrecht im Komitologieverfahren	369
5. Das Akteneinsichtsrecht im Komitologieverfahren	372
6. Die Begründungspflicht im Komitologieverfahren	372
7. Bekanntgabe	374
8. Schadensersatz	374
III. Zusammenfassung	376
TEIL 3: DAS RECHT AUF EINE GUTE VERWALTUNG IM UNIONSVERWALTUNGSRECHT	379
KAPITEL 7: DAS RECHT AUF GUTE VERWALTUNG ZWISCHEN AUTONOMIEVERFAHRENSPRINZIP UND EFFEKTIVEM VOLLZUG DES UNIONSRECHTS	381
I. Der Autonomieverfahrensgrundsatz.....	381
II. Nationales Verfahrenskonzept und unionaler Verfahrensgedanke	382
III. Einschränkungen des Autonomieverfahrensgrundsatzes	384
1. Äquivalenzprinzip	384
2. Effektivitätsprinzip	385
IV. Die Beziehung zwischen den Rechten auf gute Verwaltung im indirekten Vollzug des Unionsrechts	387
V. Zusammenfassung.....	391
KAPITEL 8: DAS RECHT AUF GUTE VERWALTUNG IM EU- VERWALTUNGSVERBUND	392
I. Umfang und Bedeutung des Verwaltungskooperationsrechts	393
II. Das Recht auf gute Verwaltung im EU-Verwaltungsverbund.....	394
II. Die vertikale Erstreckung des Rechts auf gute Verwaltung im mehrstufigen Verwaltungsverfahren des Verwaltungsverbunds.....	395
IV. Die horizontale Anwendung des Rechts auf gute Verwaltung	398
V. Der Anwendungsbereich des Rechts auf eine gute Verwaltung und des Grundsatz-Grundrechts der guten und ordnungsgemäßen Verwaltung im EU- Verwaltungsverbund	400
1. Das Sorgfaltsprinzip im EU-Verwaltungsverbund	400
a) Die Aufgabe der Kontrolle und Ermittlung der Informationen in der vertikalen Verwaltungskooperation	400
b) Sachverhaltsermittlung durch Informationssysteme im EU- Verwaltungsverbund	402

2. Das Anhörungsrecht im EU-Verwaltungsverbund	402
3. Das Akteneinsichtsrecht im EU-Verwaltungsverbund	404
4. Die Begründungspflicht im EU-Verwaltungsverbund.....	405
5. Der Haftungsanspruch im EU-Verwaltungsverbund	406
a) Zurechnung des Haftungsanspruches innerhalb der Unionsorgane	406
b) Zurechnung des Haftungsanspruches in den Mitgliedsstaaten	407
c) Gemeinsame Haftungsverantwortlichkeit der Unionsorgane und der Mitgliedsstaaten	408
d) Übermittlung von Informationen im Verwaltungsverbund.....	409
VI. Zusammenfassung	410
KAPITEL 9: DIE AUTOMATISIERUNG DES VERWALTUNGSVERFAHRENS UND DAS RECHT AUF GUTE VERWALTUNG	412
I. Die Digitalisierung des Verwaltungsverfahrens.....	412
1. Einleitung.....	412
2. Algorithmen.....	414
3. Selbstlernende Algorithmen	415
4. Die Struktur und die Veröffentlichung des Codes der Algorithmen	416
5. Eine menschliche Kontrollinstanz	418
II. Anwendungsbereich und Grenzen einer möglichen erweiterten Digitalisierung	420
1. Grenzen der Vollautomatisierung aus Gründen des Rechts auf gute Verwaltung	427
2. Fehlerfolgen einer vollautomatisierten Verwaltungsentscheidung	429
III. Zusammenfassung.....	430
KAPITEL 10: DAS RECHT AUF GUTE VERWALTUNG IM NATIONALEN VERWALTUNGSVERFAHREN	432
I. Anhörungsrecht	432
1. Form des Anhörungsrechts	432
aa) Anhörung bei automatisierten Verwaltungsentscheidungen	433
bb) Anhörung bei öffentlich-rechtlichen Verträgen	434
2. Inhalt des Anhörungsrechts.....	435
3. Grenzen des Anhörungsrechts	436
a) Ausnahme bei Gefahr im Verzug und/oder öffentlichem Interesse	438
b) Infragestellung einer maßgeblichen Frist	440
c) Antrag des Betroffenen.....	440
d) Allgemeinverfügungen	441
e) Verwaltungsakte mit Hilfe automatischer Einrichtungen.....	442
f) Vollstreckungsmaßnahmen.....	443

4. Fehlerfolgen des Anhörungsrechts	444
a) Heilung einer Verletzung des Anhörungsrechts	444
b) Heilung einer Verletzung des Anhörungsrechts im Vorverfahren	445
c) Unbeachtlichkeit des Anhörungsrechts	445
5. Zwischenzusammenfassung	446
II. Akteneinsichtsrecht	448
1. Umfang und Inhalt des Akteneinsichtsrechts	448
2. Ausnahmen gemäß § 29 Abs. 1 S. 2 und 2 VwVfG	451
a) Entscheidungsentwürfe	453
b) Ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgabe der Behörde	453
c) Nachteile für das Wohl des Bundes oder eines Landes	454
d) Geheimhaltungsinteressen nach § 29 Abs. 2 Var. 3 VwVfG und nach § 30 VwVfG	456
3. Verfahrensfehlerfolgen	458
a) Heilung des Akteneinsichtsverstößes	458
b) Unbeachtlichkeit des Verfahrensfehlers	459
4. Akteneinsicht im vollautomatisierten Verwaltungsverfahren	460
5. Zwischenzusammenfassung	461
III. Die Begründungspflicht	463
1. Umfang und Inhalt der Begründungspflicht	463
a) Begründungspflicht bei vollautomatisierten Verwaltungshandlungen ..	465
b) Begründungspflicht bei Verwaltungsverträgen	467
2. Ausnahmen gemäß § 39 Abs. 2 VwVfG	468
a) Antragsgemäße Verwaltungsentscheidung	470
b) Erkennbarkeit der Gründe für den Betroffenen	471
c) Die Ausnahmegesetzvorschrift des § 39 Abs. 2 Nr. 3 VwVfG	471
d) Besondere Rechtsvorschriften	472
e) Allgemeinverfügungen	473
3. Verfahrensfehlerfolgen der Verletzung der Begründungspflicht	473
a) Heilung der Verletzung der Begründungspflicht im Gerichtsverfahren .	473
b) Heilung einer Verletzung der Begründungspflicht im und nach dem Verwaltungsverfahren	475
c) Unbeachtlichkeit der Verletzung der Begründungspflicht	476
4. Zwischenzusammenfassung	478
IV. Angemessene Verfahrensdauer	480
V. Besorgnis der Befangenheit	482
1. Subjektive Unparteilichkeit	482
2. Objektive Unparteilichkeit	483

3. Grenzen der Unparteilichkeit	485
4. Heilung und Unbeachtlichkeit	485
5. Zwischenzusammenfassung	486
VI. Die Amtssprache im Verwaltungsverfahren	488
VII. Amtsermittlungsgrundsatz	490
1. Anwendungsbereich und Umfang des Amtsermittlungsgrundsatzes	490
2. Normbegünstigungsprinzip und Mitwirkung des Betroffenen an der Sachverhaltsermittlung	491
3. Der Amtsermittlungsgrundsatz im automatisierten Verwaltungsverfahren	493
4. Grenzen des Amtsermittlungsgrundsatzes	494
5. Fehlerfolgen bei Verletzung des Amtsermittlungsgrundsatzes	495
6. Zwischenzusammenfassung	497
ZUSAMMENFASSUNG DER WICHTIGSTEN	
UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE.....	499
LITERATURVERZEICHNIS.....	507
SACHREGISTER.....	584